

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - KRB/003(V)/09			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	Donnerstag,  22.10.2009	Altes Rathaus Beimzimmer	17:00Uhr	19:10Uhr

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Der Vorsitzende** eröffnet die Sitzung des Ausschusses für kommunale Rechts- und Bürger-Angelegenheiten und begrüßt die Stadträte sowie die Vertreter der Verwaltung und Gäste. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird mit folgendem Abstimmungsergebnis angenommen:

7 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

3. Genehmigung der Niederschrift vom 27.08.2009 und 23.09.2009

---

Über die Niederschrift der Sitzung vom 27.08.2009 wird wie folgt abgestimmt:

5 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung

Zur Niederschrift vom 23.09.2009 bittet Herr Hans darum, im TOP 5 die Aussage von Herrn Dr. Gottschalk insofern zu ergänzen, dass nicht die Universität Magdeburg, sondern ein An-Institut angeschrieben wurde.

Über die Niederschrift der Sitzung vom 23.09.2009 wird wie folgt abgestimmt:

5 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
2 Enthaltungen

4. Wahl des Kreisjägermeisters sowie der Mitglieder des  
Jagdbeirates  
Vorlage: DS0417/09

---

Die Drucksache wird mit folgendem Abstimmungsergebnis angenommen:

7 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

5. Metropolregion Mitteldeutschland  
Vorlage: DS0420/09

---

**Herr Kottke**, FB 62, informiert, dass die Landeshauptstadt Magdeburg vorschlägt, der Metropolregion Mitteldeutschland beizutreten. Der jährliche Mitgliedsbeitrag beläuft sich auf ca. 25 TEUR.

**Herr Hans** äußert, dass das Konzept viele Vorteile bietet. Er fragt nach, was die Stadt Magdeburg davon hätte. Wie wird die Magdeburg stärker damit verbunden? Das Konzept ist eher auf die Regionen Leipzig und Halle ausgerichtet.

**Herr Platz** legt dar, dass die Stadt jetzt die Chance hat, mitzumachen. Diese muss genutzt werden. Nach einem bestimmten Zeitraum muss geschaut werden, ob der Beitritt etwas gebracht hat oder nicht. Es ist ja keine Mitgliedschaft auf Ewigkeit.

**Herr Bitter** fragt nach, worin der Unterschied zwischen Beobachterstatus und Mitgliederstatus besteht.

**Herr Platz** erläutert, dass die Stadt jetzt die Chance hat, richtig mitzuwirken und nicht nur zu beobachten. Er schlägt vor, dass Herr Neumann vom FB 62 hierzu in der nächsten Sitzung berichtet.

**Frau Szydczick** ist ebenfalls der Meinung, dass man als Beobachter nur zur Kenntnis nehmen kann, als Mitglied jedoch aktiv mitwirken kann. Sie fragt nach, weshalb in der Begründung zur Drucksache von einem jährlichen Beitrag von ca. 25 TEUR gesprochen wird.

**Herr Kottke** informiert, dass der Beitrag eine Schätzung ist. Es gibt einen Berechnungsschlüssel, welcher sich aus einem gewissen Grundbeitrag und einem Betrag pro Einwohner zusammensetzt.

**Herr Platz** weist darauf hin, dass die Anlage zur Drucksache die Ziele der Metropolregion ausweist.

**Herr Hans** legt dar, dass es Kooperationsvereinbarungen zwischen Halle und Leipzig gibt, aber nicht zwischen Magdeburg und Leipzig. Wie soll so eine Vereinbarung ausgestaltet werden?

**Herr Haller** befürwortet die Mitgliedschaft.

**Herr Hans** spricht sich ebenfalls für die Mitgliedschaft aus, bittet jedoch um Vertagung, um noch nähere Informationen vom FB 62 zu erfahren.

#### Abstimmungsergebnis zur Vertagung.

7 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

Somit wird die DS0420/09 auf die Sitzung am 19.11.2009 vertagt.

#### 6. Ausschlusssatzung Abwasser Vorlage: DS0264/09

---

**Herr Kottke** führt in die Problematik ein. Er informiert, dass es in der Drucksache um Kleinkläranlagen geht, wofür die Bürger Darlehen beantragen können. Diese Anlagen müssen in der Satzung stehen, damit die Darlehen beantragt werden können.

**Herr Herbst** hat eine Frage zur Anlage 1 – Stadtfeld West – Puschkinstr.. Was würde das hierfür bedeuten.

**Herr Kottke** informiert, dass in der Anlage 1 die Grundstücke aufgeführt sind, die angeschlossen werden sollen. Die Frage von Herrn Herbst kann er nicht konkret beantworten.

**Herr Bitter** fragt nach, ob es Bürger gibt, die angeschlossen werden, dies aber nicht wollen.

**Herr Kottke** legt dar, dass es sich bei der Anlage nicht um eine belastende, sondern eher um eine entlastende Liste für die Bürger handelt.

**Herr Bitter** bittet die Verwaltung, um eine Information der Ausschussmitglieder vor der Stadtratssitzung, ob Anträge vorliegen, die nicht so beschieden wurden, wie beantragt.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

7. WLAN-Netz für Magdeburg  
Vorlage: A0119/09

---

**Herr Becker**, FB 01, legt dar, dass die Verwaltung dem Antrag nicht abgeneigt gegenüber steht. Hier spielt auch der rechtliche Aspekt eine große Rolle, der betrachtet werden muss (Datenschutz, Baulastsektor). Das Problem besteht darin, Investoren zu finden, da die Haushaltsmittel der Stadt sehr eingeschränkt sind. Um dies durchzusetzen, ist die Stadt auf Sponsoring angewiesen.

**Herr Herbst** erläutert, dass das Internet immer mehr an Bedeutung gewinnt. Das Internet ist in Zukunft als ein Stück Infrastruktur zu verstehen. Die Intention des Antrages bestand darin, zu schauen, was in Magdeburg möglich ist. Es sollten im Kern von Magdeburg Hot-Spots eingerichtet werden, wo kostenlos oder gegen einen kleinen Betrag ins Internet gegangen werden kann. Die entsprechenden Zonen können ganz genau vermessen werden. Er hat sich ein Angebot von einem Systemeinrichter für den Bereich Alter Markt, Breiter Weg Nordabschnitt, Domplatz, Willy-Brandt-Platz erstellen lassen. Darin belaufen sich die Kosten auf ca. 30 TEUR. Es muss sich auch über ein Betreibermodell unterhalten werden. Bei Zustimmung des Antrages sollte ggf. eine Arbeitsgruppe gebildet werden, die dann über die Verwirklichung nachdenkt.

**Herr Platz** befürwortet die Sache. Es sollten jedoch private Investoren involviert werden, wie dies bereits in anderen Städten durchgeführt wird.

**Herr Haller** findet es gut, dass die Universität Magdeburg dies bereits auf dem Campus anbietet. Er stimmt dem zu, dass es hier private Betreiber geben muss.

**Herr Hoffmann** ist der Auffassung, dass hier etwas getan werden muss. Er würde den Antrag in der Form verändern, dass die Anlagen durch Private errichtet und betrieben werden sollten. Weiterhin sollte der Oberbürgermeister beauftragt werden, in allen ausschussrelevanten Räumen des Rathauses einen WLAN-Anschluss einzurichten.

**Herr Budde** ist der Auffassung, dass die Sache einer intensiven Vorbereitung bedarf.

**Herr Herbst** legt dar, dass das Wort „flächendeckend“ im Antrag missverständlich formuliert ist. Es sind nur bestimmte Plätze gemeint. Er ändert den Antrag auf diese bestimmten Plätze.

**Frau Szydzick** hält das von Herrn Herbst dargestellte Kostenmodell schon für besser. Sie befürwortet den Antrag.

**Herr Haller** äußert, dass das Angebot sicherlich nur ein Grundstock ist. Sollte der Antrag durchgesetzt werden, stellt dies eine Konkurrenz für Cafes, etc., dar.

**Herr Herbst** sieht es nicht als eine Konkurrenz, sondern als ein zusätzliches Angebot für die Stadt Magdeburg. Er schlägt vor, den Antrag in der Form zu ändern, dass das Wort „flächendeckend“ durch die entsprechenden Plätze ersetzt wird. Weiterhin wird der Antrag um den Passus private Betreibung und Errichtung ergänzt.

**Herr Becker** vertritt die Meinung, dass sich die Stadt Magdeburg an das Weimarer Modell anlehnen sollte.

**Herr Budde** hat mit dem Änderungsantrag von Herrn Herbst keine Bedenken, damit sind alle Unklarheiten ausgeräumt.

**Herr Haller** vertritt die Meinung, dass der Satz zur Ausschreibung aus dem Antrag gestrichen werden sollte.

**Herr Herbst** spricht sich dagegen aus. Mit der Ausschreibung werden Angebote angefordert. Hier handelt es sich auch um einen qualitativen Aspekt.

**Herr Rohrßen** ist der Auffassung, dass es sich bei der Ausschreibung auch um einen wirtschaftlichen Aspekt handelt.

**Herr Platz** legt dar, dass es wichtig ist, dass die Stadt die Initiative ergreifen soll. Es muss transparent nachvollziehbar sein.

**Herr Hoffmann** meint, dass das Wort Ausschreibung durch das Wort Interessenbekundungsverfahren ersetzt werden sollte.

**Herr Rohrßen** schlägt vor, für den Satz Ausschreibung folgende Formulierung zu wählen: Dazu soll in einem geeigneten Verfahren das Interesse privater Betreiber erkundet werden.

**Herr Bitter** hält es für wichtig, ein WLAN-Netz in den Schulen aufzubauen.

### **Änderungsantrag:**

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Konzept zu entwickeln, wie die Innenstadt, insbesondere in den Bereichen Alter Markt, Nordabschnitt des Breiten Weges, Ulrichsplatz, Domplatz und Willy-Brandt-Platz mit einem öffentlich zugänglichen, drahtlosen lokalen Funknetzwerk (WLAN) für einen schnellen mobilen Internetzugang abgedeckt werden kann. Es soll für die Stadt kostenneutral und privat errichtet und betrieben werden. Dazu soll in einem geeigneten Verfahren das Interesse privater Betreiber erkundet werden. Eine angemessene Kennzeichnung des Funknetzwerkes für die Nutzer ist vorzusehen.

Die Umsetzung soll in enger Kooperation zwischen den Beteiligten Unternehmen und der Stadtverwaltung erfolgen.

Abstimmungsergebnis zum Antrag in geänderter Form:

7 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

7.1. WLAN-Netz für Magdeburg  
Vorlage: S0238/09

---

Die Ausschussmitglieder nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

8. Magdeburger Tierschutzpreis 2010  
Vorlage: A0163/09

---

**Herr Dr. Kirchner**, Amt 53, gibt Erläuterungen zur vorliegenden Stellungnahme der Verwaltung.

**Herr Haller** vertritt die Auffassung, dass der Tierschutzpreis ein Signal für die Tierschützer wäre.

**Herr Hans** ist der Meinung, je mehr Preise es gibt, um so mehr werden die bereits bestehenden entwertet.

**Herr Rohrßen** stimmt den Ausführungen von Herrn Hans zu. Es müssten dann wieder Sponsoren gesucht werden. Er lehnt den Antrag ab.

Abstimmungsergebnis:

1 Ja-Stimme  
5 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung

8.1. Magdeburger Tierschutzpreis 2010  
Vorlage: S0282/09

---

Die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Sören Ulrich Herbst  
Vorsitzende/r

Britta Becker  
Schriftführer/in